



Der Mittelstand setzt auf Digitalisierung, sieht sich aber von der Politik teilweise alleingelassen.

FOTO: GOLLNOW

Regionaler Mittelstand fordert von der Politik mehr Unterstützung

■ Unternehmer Thomas Rudel und Philipp Kollmar üben scharfe Kritik.

■ Auf PZ-Anfrage nehmen Katja Mast und Gunther Krichbaum Stellung.

LOTHAR NEFF | PFORZHEIM

Die Wogen schlagen hoch, seit Rutronik-Chef Thomas Rudel in einer Imageanzeige in der PZ die Situation des Mittelstands anprangerte. „Schauen Sie doch die Große Koalition in Berlin an! Das ist ein Hauen und Stechen (...) und am Ende bleiben wichtige Projekte auf der Strecke.“ Der Ispringer Unternehmer kritisiert beispielsweise die mangelhafte digitale Infrastruktur: „Wir haben mehr Funklöcher als Schlaglöcher.“

Die einseitige Fokussierung auf die Elektromobilität hält Rudel für einen Fehler, der den Wirtschaftsstandort in Gefahr bringt. Gleich-

DIE ZAHL

47

PROZENT der Koalitionsversprechen hat die GroKo zur Halbzeit voll erfüllt, fand die Bertelsmannstiftung jüngst heraus. Vier Prozent der Versprechen sind teilweise erfüllt und 14 Prozent werden in Angriff genommen.

zeitig werde in einer übereilten Reaktion der Diesel verteufelt. Die PZ hat die regionale Politik mit diesen provokanten Thesen konfrontiert und auch den CDU-Wirtschaftsrat befragt.

Die pauschale Kritik lässt Katja Mast, Pforzheimer SPD-Bundestagsabgeordnete, so nicht gelten: „Die digitale Infrastruktur muss und wird ausgebaut. In die Verkehrsinfrastruktur und den Breitbandausbau investiert der Bund 1,5 Milliarden Euro zusätzlich.“ Es

werde sowohl in Leitungen, als auch in die Köpfe der Menschen investiert. Der Digitalpakt Schule sei hier die richtige Antwort.

„Wer die Digitalisierung Estlands mit Deutschland misst, vergleicht Äpfel mit Birnen. Das gilt auch für die Förderung der Elektromobilität“, sagt Mast. „Ja, wir fördern sie. Aber zu einer Mobilitätswende gehört mehr. Zum Beispiel, unsere Mittelständler und Zulieferer zu unterstützen.“ Wer der GroKo per se ein schlechtes mittelstandspolitisches Zeugnis ausstelle, sollte noch mal bei der Bertelsmann Stiftung nachlesen – zwei Drittel der Versprechen der Großen Koalition seien eingelöst und angepackt, meint Mast.

Rückendeckung bekommt Rudel von Philipp Kollmar, Chef der Maschinenfabrik Bellmer in Niefern und Vorstandsmitglied im Pforzheimer CDU-Wirtschaftsrat: „Durch die starke Internationalisierung ist die deutsche Wirtschaft voll dem weltweiten Wirtschafts-

klima ausgesetzt. Deshalb würde sich die Industrie eine bessere Unterstützung durch Politik und Verwaltung wünschen, statt immer neuen Forderungen, Regulierungen und Abgaben ausgesetzt zu werden“, betont Kollmar.

Die Umsetzung der Anforderungen an Industrie die 4.0 im Zuge der Digitalisierung erfordere einen zügigen und flächendeckenden Ausbau der Funknetze. In Zeiten der Arbeitszeitflexibilisierung und Home-Office-Lösungen sei das Arbeitszeitschutzgesetz nicht mehr zeitgemäß. „Hier denken die Mitarbeiter eher in Richtung Jahres-/Lebensarbeitszeit“, sagt Kollmar. Einem Arbeitgeber die Verantwortung für die ausreichende Beleuchtungsstärke eines Home-Office-Arbeitsplatzes aufzuerlegen, entbehrt jeglichem Praxisbezug.“

„Der zögerliche Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur zeigt sich für uns in der Region täglich beim Dauerstau auf der A8“, beklagt Kollmar. „Wenn die Einnahmen aus Mineralölsteuer, Kfz-Steuer, Maut und sonstiger Verkehrsabgaben auch in den Infrastrukturaushalt anstatt zu einem großen Teil in den Sozialhaushalt fließen würden, wäre uns sehr viel geholfen.“

Der Pforzheimer CDU-Bundestagsabgeordnete Gunther Krichbaum entgegnet: „Die vielen Baustellen auf den Autobahnen beweisen: Wir investieren massiv in die Infrastruktur. Doch wir stehen zunehmend vor dem Problem, dass die zugesagten Mittel gar nicht abfließen können, das sind inzwischen über 13 Milliarden Euro. Das liegt am Fachkräftemangel auf dem Bau und im Handwerk und an den langen Genehmigungsverfahren.“

Bei jedem Kilometer Straßensanierung, bei jedem Windrad und jedem Mobilfunkmast müsse heute mit einer Klage gerechnet werden, gibt Krichbaum zu bedenken. „Deshalb werden wir beim Mobilfunkausbau die Genehmigungsverfahren nochmals deutlich straffen.“ In Baden-Württemberg komme noch hinzu, dass es im Straßenbau kaum noch planreife Projekte gebe, weil Verkehrsminister Hermann nach dem grünen Regierungsantritt ganz bewusst die Zahl der Planer in seinem Haus reduziert hätte. „Das konnte die CDU nach 2016 teilweise korrigieren“, sagt Krichbaum.



„Die Forschungsausgaben sind in den letzten zehn Jahren um 50 Prozent gestiegen. In der vergangenen Wahlperiode flossen knapp neun Millionen Euro nach Pforzheim und den Enzkreis.“

GUNTHER KRICHBAUM, CDU-Bundestagsabgeordneter



„Der zögerliche Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur zeigt sich für uns in der Region täglich beim Dauerstau auf der A8.“

PHILIPP KOLLMAR, Unternehmer



„Zur Kritik von Herrn Rudel: Bei mir liegt bislang keine Gesprächsanfrage vor. Ich habe immer ein offenes Ohr und tausche mich auch sehr gerne direkt aus.“

KATJA MAST, Pforzheimer SPD-Bundestagsabgeordnete



„Die digitale Infrastruktur in Deutschland ist ein schlechter Scherz. Wir haben mehr Funklöcher als Schlaglöcher.“

THOMAS RUDEL, Unternehmer

„Förderprogramme für den Mittelstand begrüßen wir sehr. Wenn allerdings der Antrags- und Dokumentationsaufwand ausfunkt und die Fördermittel zusätzlich als außerordentliche Einnahmen versteuert werden müssen, verpufft der Effekt stark“, hält Kollmar entgegen. Dazu kommen massive Wettbewerbsnachteile: „Die in Deutschland im Ländervergleich fast höchsten Energiepreise aufgrund des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und sonstigen Abgaben führen bei Neuinvestitionen unweigerlich zur Untersuchung von Standortalternativen“, sagt Kollmar. Eine Deindustrialisierung werde dadurch provoziert. Der Unternehmer hat daher eine klare Botschaft an die Politik: „Der Mittelstand wünscht sich eine vereinfachte Verwaltung mit reduzierten Reportauflagen, schnelleren Genehmigungsverfahren und Auflagen, die dem internationalen Standard entsprechen und keine Verschärfung darstellen.“

Die Einführung von Online-Behördengängen erfordert die Bereitschaft der Bürger, dies auch zu nutzen, betont Krichbaum. „Wir leben aber zunehmend in einer Gesellschaft, in der nur die Risiken gesehen werden, nicht aber die Chancen.“ Ein Beispiel: In Deutschland nutzten 59 Prozent der Kunden Online-Banking, in Estland aber 80 Prozent und in Norwegen sogar 93 Prozent, so Krichbaum.

Auch den Vorwurf, die Bundesregierung setze ausschließlich auf die E-Mobilität, will der CDU-Politiker so nicht stehen lassen. Ganz im Gegenteil: „Die E-Mobilität ist nicht für alle Verkehrsarten geeignet. Deshalb fördern wir mit Millionenprogrammen die Nutzung von Wasserstoff, denn Klimaschutz gelingt vor allem durch Innovation und Technologie, nicht durch Verbote.“

Im Zeitalter der Digitalisierung setze man auf Beschleunigung, so Krichbaum: „Daher verstehe ich, dass Vertreter der Wirtschaft auf schnellere Entscheidungen drängen.“ Aber die Demokratie sei eine Staatsform, die Zeit brauche, denn Kompromisse und gesellschaftliche Mehrheiten seien nicht über Nacht zu finden. „In Familienunternehmen ist das anders, da kann der Eigentümer den Kurs weitgehend alleine bestimmen. Das kann glücken oder fehlschlagen, für beides gibt es viele Beispiele.“